

und evangelischer Religionsunterricht angeboten, ein Ersatzfach Ethik gibt es nicht. Wer eine kirchliche Schule wählt, so wird in Dresden argumentiert, von dem könne man erwarten, daß er sich über den religiös-weltanschaulichen Hintergrund der Schule im klaren sei. An der einzigen kirchlichen Schule in Brandenburg, dem Bernhardinum in Fürstenwalde – über die Schulform besteht zwischen dem Bistum Berlin und dem Land Brandenburg bisher noch keine Einigkeit –, wird für die Nichtgetauften unter den Schülern ein „Grundkurs Religion“ angeboten (vgl. Tag des Herrn, 6. 9. 92). Die Schüler dieser Schule sind in etwa zu je einem Drittel katholisch, evangelisch und nichtgetauft.

Die Lage beim *evangelischen* Religionsunterricht ist nur bedingt verschieden von der beim katholischen. Obwohl man es insgesamt mit anderen Größenordnungen zu tun hat als im katholischen Raum, ist man von einer flächendeckenden Versorgung gleichfalls noch weit entfernt. Kern des Problems sind auch hier die *fehlenden Lehrkräfte*. Nach Schätzungen der Beauftragten für den Religionsunterricht im Erfurter Kirchenkreis, *Dorothea Peukert*, nehmen z. B. in diesem Raum im neuen Schuljahr etwa 20 Prozent der Kinder in ihrer jeweiligen Klassenstufe am Religionsunterricht teil. Die Zahlen schwankten jedoch je nach Wohngebieten und Schultypen erheblich (vgl. Tag des Herrn, 7. 9. 92). Der Anteil an Nichtgetauften unter den Schülern ist allem Anschein nach beim evangelischen Religionsunterricht deutlich höher als beim katholischen.

Was das Angebot eines *Ersatzfaches* für diejenigen angeht, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, verfährt man bislang uneinheitlich: In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist Ethik als Ersatzfach vorgesehen, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es Überlegungen zur Schaffung eines Ersatzfaches mit dem Titel „Philosophie mit Kindern“ in Anlehnung an ein entsprechendes Fach in Schleswig-Holstein. In Brandenburg erübrigt sich bisher die Frage nach einem Ersatzfach auf Grund des andersgearte-

ten Zuschnitts des Faches „Lebenskunde – Ethik – Religion“. Wegen der besonderen rechtlichen Situation kennt man in Berlin dieses Fach gleichfalls nicht. Erteilt wird der Ethikunterricht bisher nur sehr einzeln. Die Auswahl, aber erst recht die Ausbildung der Lehrer gestaltet sich im Falle des Faches Ethik besonders schwierig, weil hier die Gefahr noch größer ist, daß aus der DDR-Vergangenheit belastete Lehrkräfte in dieses Fach drängen.

Der Wunsch nach eigenen Lösungen

Alles in allem ist man in den neuen Bundesländern – was den Religionsunterricht angeht – von Euphorie ebenso weit entfernt wie von Enttäuschung über das bisher Erreichte. In den Kirchen gibt man sich durchaus

zufrieden, selbst wenn sich vieles als schwieriger herausgestellt hat, als zunächst angenommen. Auch die Sympathie für alternative Modelle des Religionsunterrichts – einschließlich des Brandenburger – ist verbreiteter, als dies – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der kontroversen Verhandlungen zwischen den Kirchen und dem Land Brandenburg – den Anschein hat. Jedenfalls gibt man sich für spätere Weiterentwicklungen offen – zunächst scheint vielen katholischen Vertretern jedoch der eingeschlagene Weg im Sinne des *konfessionellen* Modells schon zur eigenen Selbstfindung als durchaus sinnvoll. Vor allem aber klagt man bei aller verfassungsrechtlichen Brisanz, die dies mit sich bringt, immer wieder das Recht und die Pflicht ein, auf Grund der örtlichen Gegebenheiten *eigene Lösungen* zu suchen.

K. N.

Kirchen in Europa: Ein Treffen mit unsicheren Perspektiven

Mit der zehnten Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), die vom 1. bis 11. September in Prag tagte, ging eine Reihe von Treffen zu Ende, auf denen sich die Kirchen in den vergangenen Monaten bemüht haben, ihre Rolle im veränderten Europa zu bestimmen. Den Anfang machte die Sonderversammlung für Europa der Bischofssynode vom Ende letzten Jahres (vgl. HK, Februar 1992, 65 ff.); es folgten das Treffen der orthodoxen Kirchenoberhäupter am Sitz des Ökumenischen Patriarchen Anfang März (vgl. HK, Mai 1992, 206 ff.) und die „Europäische Evangelische Versammlung“ von Budapest Ende März dieses Jahres (vgl. HK, Mai 1992, 226 ff.).

Die KEK-Vollversammlung war im Unterschied zu den anderen Konferenzen kein kurzfristig einberufenes Ad-hoc-Treffen, sondern eine turnusmäßige Veranstaltung des seit 1959 bestehenden Zusammenschlusses von 120 reformatorischen, orthodoxen, anglikanischen und altkatholischen Kirchen

Europas. Die neunte Vollversammlung hatte 1986 im schottischen Stirling stattgefunden (vgl. HK, Oktober 1986, 459 ff.). Damals fiel von seiten der KEK der Startschuß für die dann in der Pfingstwoche 1989 gemeinsam mit dem „Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) veranstaltete „Europäische Ökumenische Versammlung“ von Basel (vgl. HK, Juli 1989, 297 ff.). Das Treffen von Basel durch das die KEK im übrigen (wie auch der CCEE) in das Blickfeld einer größeren kirchlichen und außerkirchlichen Öffentlichkeit geriet, war zwar schon teilweise von der Demokratisierungsbewegung im kommunistischen Europa geprägt. Der entscheidende Durchbruch zur Ablösung des alten Regimes erfolgte allerdings erst Monate danach.

Absagen an Nationalismus und Krieg

Ein journalistischer Beobachter aus Frankreich charakterisierte die Prager Vollversammlung der KEK als eine

„der Feuerwehrleute angesichts der politischen und ökumenischen Brandherde“ und nicht der Visionäre (*Michel Kubler*, in: *La Croix*, 11. 9. 92). Zwar stand auch dieses Treffen unter einem theologischen Thema („Gott eint in Christus eine Schöpfung“), zu dem Referate gehalten wurden (von Bischof *Jeremiasz* von der orthodoxen Kirche in Polen und der anglikanischen Ökumenikerin *Mary Tanner*) und das in Arbeitsgruppen behandelt wurde. In den Mittelpunkt der Vollversammlung, an der etwa 340 Delegierte aus den KEK-Mitgliedskirchen teilnahmen, schoben sich aber die aktuellen Konfliktlagen im nachkommunistischen Europa, besonders der Krieg in *ehemaligen Jugoslawien*.

Schon bei der Eröffnung der Vollversammlung wurden die Themen angegriffen, die dann auch weitgehend die Diskussion bestimmten. KEK-Generalsekretär *Jean Fischer* (reformierter Westschweizer) warnte vor Nationalismus, Fanatismus und Rassismus. Der Feind versteckte sich nicht mehr hinter einer Mauer, sondern sei mitten in den Gesellschaften Europas anzutreffen. Der Präsident der KEK, Patriarch *Alexij II.* von Moskau und ganz Rußland, nannte als besondere Herausforderungen für die Kirchen ethnische Konflikte mit religiöser Dimension sowie die Themen Flüchtlinge und Asylsuchende, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit. Die Regierungen in früher kommunistischen Ländern, so der russisch-orthodoxe Patriarch, hätten die Illusion genährt, daß die wirtschaftlichen und politischen und sozialen Probleme des Übergangs zur Demokratie leicht zu lösen seien. Dadurch sei eine gewaltige Explosion ausgelöst worden, die in Nationalismus und Krieg ihren Ausdruck finde.

Die *Schlussbotschaft* der Vollversammlung appelliert an die Christen Europas, dem Haß gegen Ausländer, den Anfängen des Rassismus und besonders dem Wiederaufleben des Antisemitismus zu wehren. Sie sollten nicht zulassen, daß irgendeine Menschengruppe zum Sündenbock für irgendwelche sozialen oder politischen Schwierigkeiten gemacht werde, und sich auf die Seite der Flüchtlinge, Entrechteten und Unterdrück-

ten stellen. In einer ebenfalls zum Abschluß des Treffens verabschiedeten *Erklärung* wird an die Staaten Europas appelliert, die Menschenrechte aller ihrer Bürger ungeachtet ihrer kulturellen, ethnischen und religiösen Herkunft zu achten: „Wir können niemals akzeptieren, daß sich ein Nationalismus auf religiöser Grundlage in der Vorherrschaft und der Gewalt gegenüber anderen ethnischen Gruppen ausdrückt. Wir werden nie akzeptieren, daß sich eine Regierung einer Kirche oder Religion zu politischen oder nationalistischen Zwecken bedient.“

Demnächst ein neuer Präsident

Bei der Anwendung dieser allgemeinen Aussagen auf den speziellen Fall des Krieges im ehemaligen Jugoslawien fand die Vollversammlung nicht den Mut zu einer klaren Stellungnahme an die Adresse Serbiens als des Hauptschuldigen wie zur äußerst problematischen Rolle der *serbisch-orthodoxen Kirche* im gegenwärtigen Konflikt (vgl. HK, September 1992, 430 ff.). Zwar hat die KEK, zusammen mit dem CCEE in den vergangenen Monaten versucht, Vermittlerdienste zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Konfliktgebiet zu leisten: So kam Anfang dieses Jahres ein katholisch-orthodoxes Treffen in Sankt Gallen zustande (vgl. HK, März 1992, 144). Es gab in letzter Zeit aber auch Äußerungen von KEK-Vertretern, die einseitig für die Belange der serbisch-orthodoxen Mitgliedskirche Partei ergriffen. Auf der Prager Vollversammlung trugen die serbisch-orthodoxen Vertreter ihren inzwischen geläufigen Standpunkt vor, wonach die Serben im derzeitigen Konflikt die eigentlichen Opfer seien und in Bosnien-Herzegowina einen Verteidigungskrieg führten.

Die Vollversammlung verabschiedete eine Erklärung zum ehemaligen Jugoslawien, die von der Berichterstatterin der FAZ in ihrem Resümee als „leisetreterisch und für die KEK blamabel“ beurteilt wurde (FAZ, 12. 9. 92), ebenso einen *Brief an die Kirchen* im ehemaligen Jugoslawien. In der Schlussbotschaft heißt es, die besondere Lage in diesem Gebiet erfordere von den

Kirchen, ihr Möglichstes zu tun, um sich den bösen Mächten von Chauvinismus, Fremdenhaß und Völkermord zu widersetzen und dafür gegenseitige Achtung und Zusammenarbeit zu fördern. Das gelte auch für das übrige Europa von Irland im Westen bis zum Kaukasus im Osten.

Unter der Überschrift „Gemeinsames Zeugnis“ geht die Botschaft auf das Thema ein, das den orthodoxen Kirchen derzeit besonders wichtig ist und auch in den Diskussionsbeiträgen ihrer Delegierten auf der Vollversammlung immer wieder zur Sprache kam, den katholischen und protestantischen „Proselytismus“ in ihren Stammländern. Früher habe der Druck von außen die Kirchen im Ostblock zusammengehalten, so die Botschaft, jetzt könne sich auf dem Gebiet von Mission und Evangelisierung auch *Konkurrenz zwischen den Kirchen* entwickeln. Der Text spricht in diesem Zusammenhang die Verpflichtung aus, Mission und Evangelisierung nicht aneinander vorbei und schon gar nicht gegeneinander zu treiben.

Von den 35 Mitgliedern des neuen KEK-Zentralausschusses, der in Prag gewählt wurde, stellen die orthodoxen Mitgliedskirchen zwölf. Die Bundesrepublik ist durch vier Mitglieder in dem neuen Gremium vertreten, darunter der Präses der westfälischen Kirche, *Hans-Martin Linnemann*, und der Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, *Christoph Demke*. Bei einer ersten Sitzung im März nächsten Jahres muß der Zentralausschuß einen neuen Präsidenten für die Konferenz Europäischer Kirchen wählen: Patriarch *Alexij* kündigte in Prag seinen Rücktritt als Präsident an, mit der verständlichen Begründung, er sei durch seine Aufgaben in der eigenen Kirche zu sehr in Anspruch genommen. Die Rücktrittsankündigung kam für die Vollversammlung überraschend.

Die katholische Kirche war in Prag durch eine zehnköpfige Beobachterdelegation vertreten, an ihrer Spitze Kardinal *Carlo Maria Martini*, Mailänder Erzbischof und Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen. Kardinal Martini bekräftigte vor der KEK-Vollversammlung die

Verpflichtung der katholischen Kirche zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit allen Kirchen in Europa. Die Schlußbotschaft von Prag spricht sich für eine entschlossene Fortsetzung der bestehenden Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen den KEK-Mitgliedskirchen und dem CCEE aus. Nach den Vorstellungen der KEK soll die vielbeachtete Versammlung von Basel eine Fortsetzung erhalten; vorgesehen für ein solches Treffen ist von seiten der KEK das Jahr 1997; für 1998 ist dann die nächste Vollversammlung der KEK geplant. Daß ein „neues Basel“ wün-

schenswert sei, äußerte in Prag auch der CCEE-Präsident.

Von Beobachtern der Prager Vollversammlung wurde dem Treffen durchweg kein gutes Zeugnis ausgestellt. Die KEK war ein Kind des Kalten Krieges vor allem darum bemüht, unter den schwierigen Bedingungen der europäischen Ost-West-Spaltung Kontakte zwischen den Kirchen aufrechtzuerhalten. Auf das neue Europa muß sich dieser Zusammenschluß der nichtkatholischen Kirchen offenbar erst einstellen, wobei die Perspektiven dafür nach Prag nicht besonders heißungsvoll erscheinen. U. R.

unterschiedlichen aktuellen Realitäten in beiden deutschen Staaten sollte gewonnen werden, bevor sich neue Strukturen in größerem Umfang bildeten und verfestigten. Für diese Trenderhebung wurden als Untersuchungsschwerpunkte gewählt: „Einstellungen zu Politik und Wirtschaft, Einstellungen zum Vereinigungsprozeß, Arbeit und Beruf, Einstellungen zur sozialen Ungleichheit, Einstellungen zu Ehe und Familie.“

Ein großer Teil der Fragen zu dem Bereich „Einstellungen zu religiösen Verhaltensweisen“ wurde aus dem „International Social Survey Programme“ (ISSP) in das Programm der Basisumfrage aufgenommen. Der ISSP ist ein internationaler sozialwissenschaftlicher Forschungsverbund, der eine interkulturelle Vergleichbarkeit zum Ziel hat (seit 1985 werden jährlich ISSP-Befragungen durchgeführt) und dessen Umfrageprogramm in wenigstens dreizehn Ländern sicher realisiert wird.

Religion in Deutschland: Umfrage zum Ost-West-Unterschied

Ein differenziertes Urteil über die Situation der Kirchen in der ehemaligen DDR fällt auch zwei Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit immer noch schwer. Über verlässliche Statistiken verfügt derzeit weder EKD noch die Deutsche Bischofskonferenz. Auf Datenmaterial aus DDR-Zeiten kann dabei kaum oder gar nicht zurückgegriffen werden, da dort keine freie Demoskopie möglich war. Die von den Kirchen in eigener Regie geführten und auf freiwilliger Meldung der Gläubigen basierenden Register konnten die tatsächlichen Verhältnisse nie exakt erfassen.

Eigens wies die Deutsche Bischofskonferenz bei der Veröffentlichung der ersten gesamtdeutschen Statistik, der Jahrerhebung 1990, darauf hin, daß weder die Zahlen über die Kirchenmitgliedschaft – die Konfessionszugehörigkeit wurde unter dem SED-Regime staatlicherseits seit längerem nicht mehr erfragt – noch die der Kirchengaustritte aussagekräftig seien. Über eine rein quantitative Erhebung hinaus zu einer realistischen Einschätzung vorhandener christlicher Prägungen und Überzeugungen in den neuen Bundesländern zu gelangen, ist dabei angesichts des spär-

lichen demoskopischen Befunds noch schwieriger.

Vor diesem Hintergrund kann ein empirischer Ost-West-Vergleich zu Kirchlichkeit und Religiosität in Deutschland im Rahmen einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage zur Klärung einer insgesamt noch unübersichtlichen Situation beitragen. Im Rahmen der ALLBUS-Reihe (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) – einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage, die seit zehn Jahren im Rhythmus von zwei Jahren mit verschiedenen Themenschwerpunkten durchgeführt wird – unternahm das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim und das Zentralarchiv (ZA) für empirische Sozialforschung der Universität Köln eine Sondererhebung. Ziel dieser „Basisumfrage 1991“ war, angesichts des infolge der Wiedervereinigung zu erwartenden massiven sozialen Wandels über soziale Struktur und Einstellungen in den alten und neuen Bundesländern kurz nach der Einigung sozialwissenschaftliche Daten zu erhalten. Ein möglichst umfassendes Bild, so die Zielbestimmung durch die Autoren der Studiendokumentation, der

Von Mai bis Juli des vergangenen Jahres wurden für die „Basisumfrage 1991“ nach dem Zufallsprinzip in den alten und neuen Bundesländern an allen Personen, die in Privathaushalten wohnen und über 18 Jahre alt sind, Interviewpartner ausgewählt und befragt. Die zirka 3000 auswertbaren Interviews waren ungefähr zu gleichen Teilen auf West- und Ostdeutschland verteilt.

Unterschiede in der Kirchenbindung

Dabei bestätigte sich im Vergleich der zu erwartende, sehr viel geringere Anteil der *Kirchenmitglieder* im Osten für das Erhebungsjahr: Der Anteil der Konfessionslosen unter den Befragten betrug in den neuen Bundesländern 64,6 Prozent, in der alten Bundesrepublik gaben nur 10,7 Prozent an, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Den 5,6 Prozent Katholiken im Osten stehen 41,9 im Westen gegenüber, als Protestanten bezeichneten sich im Osten 27 Prozent der erhobenen Personen gegenüber 44 Prozent im Westen. Bei allen weiteren Fragen zu Differenz bzw. Übereinstimmung in bei-